

11 Parteien ziehen in den Wahlkampf

Was wollen sie — und was willst Du, Wähler aus dem werktätigen Volke!

Der Großgrundbesitzer, der Domänenpächter, der höhere Beamte, der Großindustrielle braucht sich nicht lange zu befinden. Er ist zufrieden mit seiner Stahlhelmregierung, die ihm Steuererleichterungen, billige Kredite verschafft; die dafür sorgte, daß Millionen Mark des Volkseigentums an den reichen ehemaligen Herzog, an die Kröge und an die Großindustrie verschleudert wurden. Diese Leute wissen ihre Interessen sehr gut bei der jetzigen Regierung aufgehoben. Sie wählen deshalb alle die Deutschnationale Volkspartei oder die Deutsche Volkspartei. Gütliche von ihnen entscheiden sich auch für den blaugelben Ableger dieser schwarzweißroten Parteien, die Braunschweigisch-Niederrheinische Partei.

Damit sind drei Parteien für das werttätige Volk abgetan. Bleiben noch acht. Zu den bisherigen Stahlhelmparteien gehören noch

1. Der Wirtschaftsverband des Herrn Liebal. Die „Wirtschaftler“ haben trotz ihrer verberben Tonart und aller Drohungen und starken Worte im Landtage sämtliche mittelstandsfeindlichen Maßnahmen der Regierung gedeutet. Wenn sich jetzt die

2. Haus- und Grundbesitzer mit Frede abgeplittet haben, so geschieht das nur zur weiteren Täuschung der Wähler.

Im Wahlkampf getrennt, aber nach der Wahl wieder gemeinsam bereit zu reaktionärer Politik gegen das werttätige Volk!

3. Die Nationalsozialisten und die Volksrechtspartei. Sowohl die Hitler-Ludendorff wie der Oberbürgermeister sind Feinde der Werttätigen. Die Volksrechtler erklären offen, daß ihre Partei nur den Zweck hat, die Betroffenen aus Sparet- und Rentnerkreisen aus Bürgerium zu jesseln, d. h. an die Stahlhelmsregierung.

Wer also die Volksrechtspartei wählt, kommt damit gleichzeitig für die Fortsetzung der bisher von den Stahlhelmparteien betriebenen Ausraubungsolitik!

4. Die Zentrumspartei will ihren Dechanten in den Landtag schicken. Das bedeutet eine Verstärkung der so wie so schon kirchenergebenen Stahlhelmsfront. Auch die werttätigen Katholiken werden sich dafür bekanken eine Partei zu wählen, die im Reiche die schärfsten Ausbeutungsgeetze im traurigen Verein mit den Deutschnationalen und Volksparteiern beschließt.

Nun aber marschieren an die Partei der Monarchisten in der Monarchie, der Republikaner in der Republik: die Deutsche Demokratische Partei. Wie's gerade trifft, so fällt es! Haben die Stüdier die Nase voll von den Phrasen, so gehen die Rönneburger aufs Sam! In ihrer Buernfreundlichkeit veranstalten sie mit den Landbühnen ein Wettrennen um die Gunst der Großgrundbesitzer. Ihr Abgeordneter hat auch gemeinsam mit dem Rätischen durch Stimmhaltung das Kieselgeschent an den größten Grundbesitzer des Landes, Ernst August, ermöglicht.

Würden die Demokraten nicht künstlich durch die Reichsbanner Sozialdemokratie am Leben erhalten, sie wären längst aus dem Braunschweiger politischen Leben verschwunden. —

Wähler und Wählerinnen!

Alle diese neun Parteien sind offene Feinde der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Sie sind Beauftragte kapitalistischer Interessengruppen, des Industriekapitals, Handels- und Börsenkapitals. Die Entscheidung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern, Landarbeiter, Gewerbetreibenden, Rentner, Kriegsoffer muß lauten:

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Wie steht es aber mit der Sozialdemokratischen Partei?

Sie will eine Oppositionspartei sein. Wie kann man jedoch in rücksichtsloser Opposition gegen die Bourgeoisie die Interessen des werttätigen Volkes vertreten, wenn man Koalitionen mit den kapitalistischen Parteien schließt, in Preußen mit den in der Bürgerblodregierung mit Deutschnationalen und Volkspartei verbündeten zwanzigen den kapitalistischen Interessen dient, durch die Zugehörigkeit des reaktionären Zentrums und der Finanzdemokratie zum Reichsbanner gebunden ist? Nein, und nochmals nein! Die Sozialdemokratie von heute ist nicht mehr die Sozialdemokratie der Vortriebszeit. Damals hieß es: „Dem bestehenden System keinen Mann und keinen Großen!“ Hat sich das System geändert seit 1913? Nein, auch die Republik ist kapitalistisch.

Nur die Sozialdemokratie hat sich geändert:

Sie ist aus der staatsverneinenden eine staatsbejahende Partei geworden!

Sie arbeitet mit am Aufbau des kapitalistischen Staates, geht folgerichtig in Koalitionsregierungen und unterstützt in ihnen die Ausbeuterpolitik der Bürgerblodregierung.

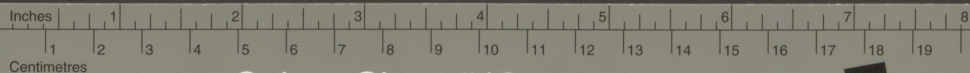
Die sozialdemokratische Politik ist in ihrer Auswirkung bürgerlich-kapitalistisch, ihre Opposition ist unehrlich, ein Betrug an der Arbeiterklasse. Mit ihrer Oppositionstellung täuscht sie die arbeitende Bevölkerung, hemmt den entschlossenen Kampf gegen die Bourgeoisie.

Die SPD. überschlägt sich vor Entrüstung über den Herzogsovergleich. Dabei hat Dr. Zasper als Minister selbst den Vergleich als „durchaus geeignete Grundlage“ und „einen im Staatsinteresse liegenden Ausgleich“ bezeichnet.

Die SPD. greift die Stahlhelmsregierung wegen ihrer mieterhebelnden Wohnungspolitik an. Die preussische Koalitionsregierung aber hob als eine der ersten die Zwangsverrentung der Gewerberäume und großen Wohnungen auf.

Die SPD. bekämpft die Militarisierung der Polizei. Aber der preussische sozialdemokratische Polizeiminister fördert sie durch sein Polizeibeamtengesetz.

Die SPD. martiert Schulstufen. Gleichzeitig aber unterstützt sie das Zentrum, bekämpft jede außerparlamentarische Zusammenfassung der proletarischen Kräfte und wirbt — gegen den Weltlichen Elternbund! — für die Hindenburgfeier in den weltlichen Schulen.



Colour Chart #13

Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black

